Protokoll über die Sitzung des Landesarbeitskreises Senioren und Generationen am 30.11.15, ab 19.00 Uhr im Hofbräukeller, Würzburg

Teilnehmer:
MdL Dr. Hans Jürgen Fahn, Frau Christine Degenhart (stv Fraktionssprecherin)
Helmut Suntheim, Peter Wagner, Klaus Stuntz, Robert Kremling, Manfred Dülk, Bastian Dülk, Anna-Lena Dülk, Schneider

Die Begrüßung erfolgte durch MdL Dr. Hans Jürgen Fahn. In seinem Eingangsstatement stellte er heraus, dass die FW eine generationenübergreifende Seniorenpolitik vertreten. Für die FW ist die klassische Altenhilfepolitik out und die Mehrgenerationenpolitik in.Für den aktuellen Nachtragshaushalt haben die FW die finanzielle Förderung (jeweils 5000 €) aller 81 Mehrgenerationenhäuser und nicht von 51, wie es derzeit die Staatsregierung vorsieht. Desweitern fordern die FW eine Erhöhung der Mittel für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen. Es schloss sich eine kurze Vorstellungsrunde an. Dr. Fahn merkte an, die Erfahrungen der letzten Besprechungen hätten gezeigt, dass kaum Interessenten aus weit entlegenen Regionen zum Landes-AK anreisen (auch wegen der dann hohen Fahrtkosten).

Das erste Referat präsentierte Albrecht Walther, der Geschäftsführer der Bezirksgeschäftsstelle aus Bad Neustadt.
Er stellte vom Bayer. Sozialministerium die „Zukunftswerkstatt“ vor.
Eine Leitlinie des Ministeriums für alle Regierungsbezirke soll unter dem Namen „Älter werden in Bayern“ bis 2017 erstellt werden. Dabei soll es sich um ein Gesamtkonzept, das sich nicht nur auf die stationäre Pflege beschränkt, handeln.
Herr Walther stellte die unteschiedlichsten Wohn- und Lebensformen für Senioren und alle Generationen mit Beispielen in Unterfranken vor. Besonders hob er die abgestuften Betreuungsmodelle, wie MGH, ambulant betreutes Wohnen, Tagespflege, hervor. Hierdurch wird gewährleistet, dass die Menschen in ihrem Ort weiter leben und betreut werden können, je nach ihrem individuellen Bedarf. Es müssen, sowohl in der Stadt, als auch auf dem flachen Lande die Rahmenbedingungen vorhanden sein:

- Barrierefreiheit zuhause, soweit nötig
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
- Barrierefreiheit im ÖPNV, Sicherung der Mobilität mit Ruftaxi oder Bürgerbus
- Grundversorgung z. B. Dorfladen
- Seniorenfreundliches Einkaufen: Hier engagiert sich MdL Fahn über des Landesseniorenkreis mit seinen Regionalvertretungen.

Im zweiten Referat stellte Frau Degenhart neue Wohnformen aus ihrer Heimat Oberbayern vor. Die Strukturen im Städt. Bereich und auf dem Lande unterscheiden sich wesentlich von denen in Ufr.
Bei der Stadtentwicklung in Rosenheim kann über die Städtebauförderung auch der Rückbau des Pflasters gefördert werden.
Ein MGH in Wasserburg wurde ebenfalls vorgestellt. Bei Quartieren ist eine eindeutige Architektur für leicht Demenzkranke nötig. Innerhalb der Wohnung genügt oft die Förderung eines Basisstandards. Nicht jede Wohnung muss behindertengerecht gebaut werden. Oft genügen z.B. eine bodengleiche Dusche, breitere Türen.
Bei neuen Baugebieten kann die Gde in der Bauleitplanung vorschreiben, dass das EG barrierefrei ist. Dies bedeutet einen erhöhten Raumbedarf von 7 bis 12 Prozent.
Auch in einem denkmalgeschützten Gebäude ist der nachträgliche Einbau eines Aufzuges möglich. In den innerstädtischen Quartieren hat sich der Einsatz von Quartiermanagern (Kümmerern) bewährt. Hier helfen ehrenamtliche bzw. in einer Sozialgenossenschaft organisierte Menschen den Senioren, so lange wie nur möglich zuhause zu leben.

Frau Degenhart stelle die 3 Säulen der Wohnungsoffensive des Freistaates vor:

1. Gemeinschaftsunterkunft
2. Normaler Wohnungsbau (Förderung für die Kommunen) und
3. Geförderter Wohnungsbau

Im Rahmen dieser Wohnungsoffensive steht zu befürchten, dass wesentliche Bestandteile des barrierefreien Wohnens aufgeweicht werden. Auch die energetische Bauweise soll zurückgefahren werden. Auf einen Keller soll verzichtet werden.
Diese Wohnungsoffensive soll sozialverträglichen Wohnraum in Bayern schaffen. Eine Broschüre „Einfach Wohnen“ der Obersten Baubehörde liegt auf.

Die Oberste Baubehörde erstellt ein eigenes Konzept; dies ist z.Z. noch nicht fertig.
H. Schneider brachte vor, dass es in diesem Jahr 600 Privatinsolvenzen von Senioren in WÜ gebe, weil bezahlbarer Wohnraum fehlt. Die Ausrichtung in WÜ sei eindeutig auf die vielen Studenten. Außerdem fehle es mehr und mehr an der Nahversorgung der Senioren in ihren Stadtteilen.

Eine Dame aus Bürgstadt – Immobilienmaklerin – brachte den Vorschlag langefristig Wohnungen zu tauschen; z.B. könnten Junge Familien in die überdimensionierten Wohnungen der Senioren einziehen. Dabei müssen allerdings die Rahmenbedingungen für die Senioren gesichert sein.

MdL Fahn brachte vor, dass der Lkrs MIL einen neuen Nahverkehrsplan aufstellt, der auch die Bedürfnisse der Senioren berücksichtigt. Diese sind im ÖPNV bezahlbare Verkehrsmittel, kurze Fahrzeiten und gute Taktung. In dieses Konzept paßt auch das über ILEK geförderte generationsfreundliche Einkaufen mit einem Bürgerbus. In der Landesseniorenvertretung sind 125 Gemeinden zusammengeschlossen.
Zu einem selbstbestimmten und würdigen Leben im Alter gehört lt. MdL Fahn auch, den Senioren die Möglichkeit einer ehrenamtlichen Tätigkeit zu bieten. Das Spektrum hier ist bzgl. den Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen unerschöpflich. Dadurch fühlen sich die Menschen „gebraucht und gefordert“.

Es wurde noch ausführlich über die Grundversorgung vor Ort für die Senioren diskutiert. Insbesondere, ob und wie ein Kreisrat, der im VerwRat einer Sparkasse ist, Einfluss auf Entscheidungen zur Schließung von Bankfilialen und zur Abschaffung von Geldautomaten nehmen kann.

MdL Fahn bedankte sich zum Abschluss bei allen für die lebhafte Diskussion und bei Frau Degenhart und Herrn Walther mit einem kleinen Präsent für die Referate.
Um 21.30 Uhr endete die Landesarbeitsgruppe. Ein neuer Termin wurde noch nicht vereinbart.

Peter Wagner
Protokollant